

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

205 (3.9.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 14 Pf. Zustelgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang

Mittwoch, den 3. September 1952

9r. 205

## De Gasperi sucht eine Koalition Block der Mittelparteien Italiens?

Rom (UP). Der italienische Ministerpräsident de Gasperi erklärte in einer Rede, er strebe für die italienischen Parlamentswahlen des nächsten Jahres einen Block der Mittelparteien an. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten oder den Neofaschisten kommt nicht in Frage. „Wir haben versucht“, so sagte de Gasperi, „mit den Kommunisten und der Linksozialisten zu einer Zusammenarbeit zu gelangen, stießen aber bei ihnen auf das Fehlen demokratischen Denkens. Außerdem haben sie sich gegen eine Zusammenarbeit mit den Westmächten ausgesprochen.“ Das Parlament arbeite zur Zeit ein neues Wahlgesetz aus, das die Verteidigung der Demokratie gewährleisten soll.

De Gasperi appellierte an die Monarchisten, ihre Verbindung zu den Neofaschisten zu lösen und sich dem Block der Mitte anzuschließen. Gleichzeitig lehnte aber der Ministerpräsident eine neue Volksabstimmung über Monarchie oder Republik ab.

## US-Mission in Luxemburg empfangen

Parlamentarische Versammlung am 10. Sept. Luxemburg (UP). Die Delegation der USA bei der Hohen Behörde der Montanunion wurde offiziell vom Präsidenten der Schumanplanbehörde, Monnet, empfangen. Leiter der US-Delegation ist der Finanzschreiber Tomlinson, der Monnet von Sonderbotschafter Draper vorgestellt wurde. Während des Aufenthaltes in Luxemburg wird Draper mit Jean Monnet und dem britischen Delegationschef sowie mit anderen Mitgliedern der Hohen Behörde die künftige Zusammenarbeit der USA mit der Montanunion besprechen.

Das deutsche Mitglied der Hohen Behörde, Dr. Heinz Potthoff, kündigte an, daß die Hohen Behörde eine ihrer nächsten Sitzungen im Ruhrgebiet abhalten wolle. Bei dieser Gelegenheit wolle sie sich in Besprechungen mit Arbeitnehmern, Unternehmern und Verbrauchern über Probleme des Bergbaus und der Stahlindustrie unterrichten.

Die gemeinsame Versammlung der Montanunion wird am 10. September in Straßburg zu ihrer ersten Sitzung zusammenstehen. Die parlamentarische Versammlung der Schumanplanländer besteht aus 78 Delegierten, von denen 40 aus der Beratenden Versammlung des Europa-Rats angehören.

## Sicherheitsrat überstimmt Malik

Aufnahmeanträge von vier Fernost-Staaten New York (UP). Der sowjetische Delegierte Malik teilte dem Welticherheitsrat der UN mit, daß er die Behandlung der Aufnahmeanträge von Japan, Laos, Kambodscha und Vietnam ablehne. Trotzdem beschloß der Rat mit zehn gegen null Stimmen bei Stimmenthaltung der Sowjetunion, die Frage der Aufnahme dieser vier antikommunistischen Länder des Fernen Ostens auf der Tagesordnung zu belassen. Aus der Haltung Maliks läßt sich entnehmen, daß die Sowjetunion die Absicht haben dürfte, gegen die Aufnahme der vorgenannten Staaten erneut ein Veto einzulegen. Malik bestand auch in dieser Sitzung auf dem bereits mehrere Male zurückgewiesenen sowjetischen Vorschlag, der Generalversammlung die gleichzeitige Aufnahme von neun von den Westmächten und fünf von den Ostblockstaaten unterstützten Ländern in die Weltorganisation zu empfehlen.

## Bonn erwartet neue Saarsvorschläge

Verzicht auf eine Beschwerde in Straßburg? - Frankreich in der Kriegsgefangenenfrage unsachgiebig

Bonn (E.B.). In Bonner politischen Kreisen glaubt man, daß der französische Außenminister bei der in der nächsten Woche in Luxemburg stattfindenden Sitzung des Ministerrates der Montanunion dem Bundeskanzler neue Vorschläge unterbreiten wird.

Sollte sich diese Information als richtig erweisen, dann ist nicht mehr damit zu rechnen, daß Dr. Adenauer die deutsche Beschwerde über die undemokratischen Zustände im Saarland Mitte September dem Ministerrat des Europa-Rats vortragen wird. Ob allerdings auch die der Beratenden Versammlung des Europa-Rats angehörenden sozialdemokratischen Bundestagsmitglieder darauf verzichten werden, den Saarkonflikt in Straßburg zur Sprache zu bringen, ist noch ungewiß. Vom Auswärtigen Amt wird deshalb warndend darauf hingewiesen, daß ein solcher Vorstoß die bisherige deutsch-französische Spannung nur noch verschärfen würde.

Die Regierungskreise stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, daß über die Saarffrage unbedingt weiter verhandelt werden müsse ohne Rücksicht darauf, ob Deutschland seine Beschwerde vor dem Europa-Rat vorbringt. Man bemerkt hierzu, daß sich der Schritt vor dem Europa-Rat nur auf ein Teilproblem der Saarffrage, nämlich die Menschenrechte, beziehe, während der Rahmen bei den Pariser Gesprächen wesentlich weiter gezogen worden sei. Selbst wenn sich in Luxemburg kein Ergebnis hinsichtlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Parteienbildung an der Saar zeigen sollte, würde zwar der Schritt in Straßburg unvermeidlich werden,

über das unmittelbare Saargespräch müßte nicht auf der ganzen Linie zu einem Stillstand oder gar eklatanten Abbruch kommen. Es sei durchaus denkbar, daß man unbeschadet der Beschwerde vor dem Europa-Rat mit Frankreich beispielsweise erfolgreiche Verhandlungen über einen handelspolitischen Sonderstatus der Saar führen könnte. Jedenfalls würde man deutscherseits auch im Falle einer Beschwerdeführung vor dem Europa-Rat bereit sein, mit Frankreich über die Saar weiter zu verhandeln.

Deutsche Kriegsgefangene, die sich in französischen Gefängnissen befinden, bitten die Bundesregierung, etwas für ihre Freilassung zu tun. Von zuständiger Stelle wurde darauf erwidert, von deutscher Seite sei alles unternommen worden, „um in den Verhandlungen über das Bonner Vertragswerk auch für die auch in Frankreich festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen günstigeren Bedingungen zu erwirken. Unsere Bemühungen scheiterten jedoch an der Unsachgiebigkeit der französischen Vertreter.“

Gegenwärtig werde in den westlichen Hauptstädten die Frage der sogenannten Kriegsverbrecher im Zusammenhang mit dem Bonner Vertragswerk auf Grund der vom Bundeskanzler Ende Juli erhobenen Vorstellungen geprüft, weshalb Bonn vorläufig eine abwartende Haltung einnehme. Sollte sich ein Fortschritt in der Behandlung der Kriegsgefangenenfrage ergeben, so werde das Problem noch vor dem Ende der Verhandlungen über die Ratifizierung des deutsch-alliierten Vertragswerkes erneut aufgegriffen werden.

## Adenauer bespricht die Sowjetnote

Zusammenkunft mit den Hochkommissaren - Ein Kommentar des Bulletin

Bonn (UP). Dr. Adenauer wird am Donnerstag mit den Hochkommissaren zusammenstreffen, um mit ihnen den Inhalt der Sowjetnote zu besprechen, damit von vornherein der deutsche Standpunkt bei der Abfassung der Antwortnote der Westmächte berücksichtigt werden kann.

Die letzte Note der Sowjetunion lasse es zweifelhaft erscheinen, ob Moskau an einem Kompromiß in der deutschen Frage, die die Rechte der deutschen Bevölkerung berücksichtigt, wirklich ernsthaft interessiert ist, schreibt das Regierungsbulletin. Eine solche Feststellung mindere aber keineswegs die Bereitschaft, alle Möglichkeiten für Verhandlungen mit der Sowjetunion sorgfältig zu erwägen und auszunutzen, wenn sie erfolgversprechend erscheinen.

Der bisherige Notenwechsel habe gezeigt, daß von einer Übereinstimmung zwischen den Auffassungen des Westens und des Ostens hinsichtlich des Weges zu einer deutschen Wiedervereinigung keine Rede sein könne. Während der Westen die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung auf der Grundlage freier Wahlen und ihrer Teilnahme an der Vorbereitung eines Friedensvertrages wolle, gehe aus der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Tagesordnung wiederum hervor, daß von Moskau die Vorbereitung eines Friedensvertrages, die Bildung der gesamtdeutschen Regierung und die Abhaltung freier Wahlen nicht als ein kontinuierlicher Vorgang, sondern als getrennte Akte angesehen werden.

Ferner zeige der bisherige Notenwechsel eindeutig, daß die Sowjetunion einer gesamtdeutschen Regierung keine Entscheidungsfreiheit gewähren, sondern ein bestimmtes innenpolitisches Programm vorschreiben wolle. Ein Friedensvertrag solle der deutschen Regierung offenbar nur zur Annahme vorgelegt und die Prinzipien von Potsdam Deutschland auferlegt werden. Dagegen sichere der Deutschlandvertrag zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten einer gesamtdeutschen Regierung die volle Entscheidungs-

freiheit für ihren zukünftigen politischen Weg zu.

Die kommunistischen Bundestagsabgeordneten verlangen die sofortige Einberufung des Bundestages, damit das Parlament zur letzten Sowjetnote Stellung nehmen könne. In einem Schreiben an die SPD-Fraktion und die Fraktion der Föderalistischen Union schlugen die KP-Abgeordneten vor, gemeinsam den Antrag auf sofortige Einberufung des Plenums des Bundestages zu stellen.

## Irischer Minister in Bonn

Neue deutsche Gesandtschaften

Bonn (UP). Der stellvertretende Ministerpräsident von Irland, Sean F. Lemass, traf in Bonn ein. Er wird von Bundespräsident Heuss empfangen und mit Bundesernährungsminister Niklas Besprechungen führen. Da Lemass auch des Handelsministeriums leitet und Irland unter anderem Butter exportiert, rechnet man in Bonn damit, daß bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit von Butterimporten aus Irland besprochen wird, um die „Butterkrise“ in der Bundesrepublik überwinden zu helfen.

Mit der Errichtung einer deutschen Gesandtschaft in der syrischen Hauptstadt Damaskus könne in Kürze gerechnet werden, teilte das Auswärtige Amt mit. Das Agrément für den Gesandten sei schon erteilt. Auch mit dem Libanon, Irak und Jordanien sei Verbindung über die Errichtung von diplomatischen Vertretungen aufgenommen worden. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Ägypten sei durch die Forderung, den König von Ägypten auch als König des Sudans anzuerkennen, zu einer politischen Frage geworden. Hierüber würde zur Zeit mit Ägypten verhandelt.

Ende September wird eine deutsche Handelsdelegation nach Australien reisen, um über den Abschluß eines neuen Handelsabkommens zu verhandeln. Die Bundesrepublik führt aus Australien im wesentlichen Wolle und Getreide ein.

## Ridgway: Aufrüstung so schnell wie möglich

Der NATO-Chef beim Bundeskanzler - Deutscher Verteidigungsbeitrag ist „mehrscheidend“

Bonn (UP). Der Oberkommandierende der Atlantikflotte in Europa, General Ridgway, weilte am Dienstag in Bonn. Nach einem längeren Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Adenauer setzte er sich vor der Presse dafür ein, daß die deutsch-alliierten Verträge so schnell wie möglich ratifiziert werden, damit die Bundesrepublik zur Verteidigung des Westens beitragen könne.

„Meine Hauptaufgabe sehe ich darin“, erklärte der General, „den Frieden zu sichern“ und die Möglichkeit dazu sei, gemeinsam so schnell wie möglich eine Verteidigungsmacht aufzubauen, die einen Angriff verhindern könne oder im Falle eines Angriffs in der Lage sei, den Feind entscheidend zu schlagen.

Der Bundeskanzler, der an seinem ersten Arbeitstag nach dem vierwöchigen Urlaub in der Schweiz blühennd aussah und gu-

ter Laune war, dankte General Ridgway für seinen Besuch und sprach die Hoffnung aus, daß er mit ihm genau so gut zusammenarbeiten werde wie mit seinem Vorgänger, General Eisenhower. Dasselbe gelte für den neuen US-Hochkommissar Donnelly, der dem Bundeskanzler am Dienstag morgen seinen Antrittsbesuch gemacht hatte und ebenfalls an einem von Dr. Adenauer zu Ehren General Ridgways gegebenen Essen teilnahm. Auf deutscher Seite waren neben dem Kanzler Sicherheitskommissar Blank und die militärischen Berater — Adenauer nannte sie ausdrücklich „seine persönlichen Mitarbeiter“ — die Generale Speidel und Heusinger sowie Staatssekretär Halbfelst vertreten.

Ridgway, der etwa zwei Stunden mit dem Bundeskanzler zusammen war, erklärte, der Beitrag, den die Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft für die Sicherheit des Westens leisten werde, sei mit entscheidend. Auf seinen verschiedenen Reisen durch Deutschland habe ihn der Geist und die Energie tief beeindruckt, mit denen das deutsche Volk den Wiederaufbau in Angriff genommen habe. Er habe dies als einen Beweis für das angesehen, was das deutsche Volk für die Verteidigung leisten könne, wenn es notwendig werde.

Obwohl über die Einzelheiten des Gesprächs im Bundeskanzleramt nichts bekannt wurde, wird doch angenommen, daß Probleme der Rekrutierung, Bewaffnung und Ausbildung der geplanten zwölf deutschen Divisionen erörtert worden sind. Erst kürzlich ist von amerikanischer Seite die Ausbildung zukünftiger deutscher Truppen in den USA vorgeschlagen worden. Es wird weiter angenommen, daß Ridgway angesichts der Dringlichkeit des Aufbaus einer starken Verteidigungsmacht des Westens darauf hingewiesen hat, daß die Integration Westdeutschlands in Europa nicht verzögert werden dürfe. Dies spielt im Hinblick auf die letzte Sowjetnote zum Deutschlandproblem und auch die Saarffrage eine wesentliche Rolle. Beide Probleme dürften sich nach Ansicht des Bundeskanzlers den Zusammenschluß des Westens nicht aufhalten.

Nach dem Essen fuhr Ridgway zum Hotel Dreesen, wo er zu einer kurzen Besprechung mit den drei alliierten Hochkommissaren zusammentraf. Dabei wurde unter anderem der Status der alliierten Truppen in Westdeutschland nach der Inkraftsetzung des Generalvertrages erörtert. Am späten Nachmittag flog Ridgway nach Paris zurück.

Generalfeldmarschall Slim, der Chef des britischen Generalstabs, wird zum Generalgouverneur von Australien ernannt.

Papst Pius XII. bestimmte Rio de Janeiro als Tagungsort der 1955 stattfindenden 38. Internationalen Eucharistischen Kongresses.

## Außenpolitik im Wahlkampf

Von Paul Bourdin

Entgegen der allgemeinen Erwartung scheint die Außenpolitik eine große Rolle im amerikanischen Wahlkampf zu spielen. Noch vor dem offiziellen Beginn des Kampfes am 1. September hat der Kandidat der Republikaner, General Eisenhower, eine äußerst heftige Rede gehalten, die fast ausschließlich der Außenpolitik gewidmet war. Im Nationalkongreß der amerikanischen Legion hat er den Frontkämpfern beider Weltkriege erklärt: „Wir müssen den Sowjets kategorisch sagen, daß wir niemals Ruhe haben werden solange die schmutzige Flut des aggressiven Kommunismus nicht in seine eigenen Grenzen zurückgetreten ist.“

Hier wird eine Politik der „Zurückdrängung“ der Sowjetunion in ihre Grenzen propagiert, die der „roll back“-Theorie von James Burnham zum Verwechseln ähnlich sieht. Sie steht im Gegensatz zu der außenpolitischen Doktrin der bloßen „Eindämmung“ der sowjetischen Expansion, die George Kennan, der jetzige Botschafter der Vereinigten Staaten in Moskau, entwickelt hat, als er noch außenpolitischer Berater im Washingtoner State Department war. Schon vor einiger Zeit hat John Foster Dulles, der zukünftige Außenminister im Falle des Sieges Eisenhowers, in einer Pressekonferenz angekündigt: „Wir werden die Politik der bloßen Eindämmung aufgeben“. Er sowohl wie Eisenhower haben aber den Ausdruck „roll back“ bisher sorgfältig vermieden. Statt dessen hat Eisenhower in seiner Rede vor der amerikanischen Legion gesagt: „Der Krell muß gewarnt werden, daß die Vereinigten Staaten den versklavten Ländern helfen wollen, ihre Freiheit wiederzugewinnen.“

Damit predigt Eisenhower eine Politik der „Befreiung“ der sowjetischen Satelliten. Noch feuchtlicher hat er seine Auffassung vor einigen Wochen formuliert: „Befreiung (liberation) gegen Eindämmung (containment) wird der Hauptpunkt sein, über den die beiden Parteien am schärfsten in Konflikt geraten werden und über den die positive und dynamische Politik der Republikanischen Partei in unmittelbarer Kollision mit der negativen und defensiven Politik der Eindämmung des Kommunismus geraten wird.“

Muß man nun aus der neuesten Rede Eisenhowers schließen, daß er nicht nur den Schritt von der „Eindämmung“ zur „Befreiung“, sondern auch den weiteren Schritt zur „Zurückdrängung“ vollzogen hat? Die Diskussion darüber, sowohl wie über die drei verschiedenen außenpolitischen Konzeptionen überhaupt muß so lange akademisch bleiben, wie keiner der Kandidaten verrät, mit welchen Mitteln die Satelliten befreit und die Sowjets zurückgedrängt werden sollen. Davor hütet sich aber jeder, denn mit der Verkündung eines Präventivkrieges sind keine Wählerstimmen zu fangen. Foster Dulles hat sich denn auch in der erwähnten Pressekonferenz sehr vorsichtig darüber geäußert, was er an die Stelle der Eindämmungspolitik setzen will und lediglich hinzugefügt: „Wir werden die Hoffnung und den Geist des Widerstandes unter den gefangenen Völkern der Welt ermutigen.“ Das klingt weniger nach Befreiung als nach Selbstbefreiung der Satelliten.

Was sich Eisenhower unter einer nicht rein defensiven, sondern dynamischen Politik vorstellt, bleibt bis auf weiteres unserer Phantasie überlassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die alte Garde der Republikanischen Partei in deren Hände der politische Neuling mehr und mehr zu geraten droht, aus Scharfmachern besteht, die, wenn nicht zu einer Kriegspolitik, so doch zu einer Politik des Ultimatum, das heißt der Drohung mit dem Kräfte zeigen, und zwar aus dem selbststatischen Gefühl heraus, daß die Sowjetunion vor einer solchen Drohung zurückweichen würde. Sie sind damit die eigentlichen Vertreter der „roll back“-Theorie. Es ist keine Frage, daß Eisenhower selbst kein Anhänger dieser Theorie ist. Er nähert sich aber, wie seine neueste Rede zeigt, bereits ihrem Jargon. Gewiß kann man Wahlreden nicht auf die Goldwaage legen, die Frage ist nur, wie der Kongreß aussehen würde, mit dem ein Eisenhower zu regieren hätte.

Der Gegensatz zu der gegenwärtigen Außenpolitik der demokratischen Regierung Truman, in den sich Eisenhower sowohl wie Foster Dulles infolge des Wahlkampfes hineinsteigern, hat etwas Künstliches. Beide waren bisher an dieser Politik beteiligt. Eisenhower im atlantischen und Dulles im pazifischen Bereich. Aus Wahltaktik kämpfen sie gegen die Eindämmungspolitik und verschweigen, daß diese gar nicht mehr die Politik der demokratischen Regierung ist. Adenauer hat diese Doktrin längst weiter entwickelt zu einer Politik der „Verhandlungen von Machtpositionen aus“ (negotiations from situations of strength). So negativ ist also die Außenpolitik der Demokraten keineswegs. Freilich ist sie auch nicht utopisch. Das hat Adenauer eben erst ausdrücklich auf der pazifischen Konferenz in Honolulu klar gestellt, als er sagte: „Wenn solche Zentren der Stärke entwickelt sind, dann ist es nicht unsere Absicht, zu irgend jemandem zu sagen: „Jetzt sind wir stark, jetzt müßt ihr tun, was wir sagen.“ Was wir sagen ist: „Jetzt sind wir gleich, jetzt wollen wir uns zusammensetzen und verständig reden.“

Man kann nur hoffen, daß diese außenpoli-

tische Konzeption den Wahlkampf überlebt. Ihre unerföhlliche Voraussetzung ist freilich auch die Aufrüstung, die in Europa gegenwärtig auf so große Widerstände stößt.

**Westarp legte sein Mandat nieder**

**SRP protestierte gegen Bentheimer Wahl**  
Hannover (UP). Graf Westarp hat sein Mandat als SRP-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag niedergelegt. Rechtsanwalt Dr. Schrieber, der Vorsitzende der Fraktion „Dr. Schrieber und Genossen“ (so nennt sich jetzt die SRP-Fraktion im niedersächsischen Landtag) hat beim Landtagswahlschuß Einspruch gegen die Landtagswahl im Kr. Bentheim erhoben. Der Einspruch wird damit begründet, daß der Kandidat der SRP durch den niedersächsischen Innenminister Redeverbot erhalten habe, obwohl dieses Verbot im Gegensatz zur Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts stehe. Die SRP konnte bei den Wahlen am 31. August den Anteil ihrer Stimmen von 9 auf 12,6 Prozent erhöhen.

**Vier Kilogramm Gold in der Tasche**

München (UP). Beamte der Münchener Funkzentrale nahmen in der Mählstraße einen Schwarzhändler fest, der vier Kilogramm Gold bei sich trug. Der 33 Jahre alte, staatenlose Hensch Wettsat hatte dort versucht, das Gold zu verkaufen. Als die Beamten die Taschen seines Anzuges durchsuchten, brachten sie Goldbarren und Blattgold mit einem Gesamtgewicht von nahezu vier Kilogramm zum Vorschein. Außerdem fand man in seinen Taschen 55 000 DM in bar.

**Volkholz wurde freigesprochen**

München (UP). Der Bayerpartei-Abgeordnete Ludwig Volkholz, der durch seine Flucht nach Österreich wochenlang von sich reden gemacht hatte, wurde von der Großen Strafkammer des Landgerichts Deggendorf wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Volkholz war der erfolglosen Verleitung zum Meineid in Tatabeinh mit vier fortgesetzten Vergehen der Anstiftung der unedlichen Falschaussage und in Tatabeinh mit einem Vergehen des versuchten Betruges angeklagt. Von seinen fünf Mitangeklagten, Franz Fischer, Georg Kuchler, Johann Partheder, Otto Schönberger und Karl Reimann, erhielt nur der letzte wegen einer falschen unedlichen Aussage acht Monate Gefängnis, wovon sechs durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

**Unter glühendem Koks begraben**

Aachen (UP). Eine Kalkofen-Explosion forderte in Ellendorf, Reg.-Bezirk Aachen, zwei Tote und einen Verletzten. Ein 70 Jahre alter Mann und zwei Jungen wollten sich den Betrieb des erst vor wenigen Tagen angefertigten Kalkofens ansehen. Plötzlich explodierte aus bisher ungeklärten Gründen der Ofen und stürzte zusammen mit Erdmassen 28 Meter in die Tiefe. Der alte Mann wurde von glühendem Koks begraben. Einer der Jungen, sechs Jahre alt, kam teils unter Koks, teils unter Erdmassen zu liegen. Beide waren sofort tot. Der zweite Junge trug leichtere Verletzungen davon.

**Lokomotive stürzte auf die Straße**

Berlin (UP). Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Friedrichsfelde und Biesdorf in Ostberlin entgleiste infolge Schienenbruchs auf der Brücke über der Straße Alt-Friedrichsfelde eine Tenderlokomotive und einige der nachfolgenden Güterwagen. Die Lokomotive stürzte sechs Meter tief auf die Straße, wodurch der Lokführer und der Heizer ums Leben kamen.

**Großfeuer bei Borgward**

Bremen (UP). In Bremens größtem Industriebetrieb, dem Carl F. W. Borgward-Automobilwerk, brach ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit eine als Zimmerei eingerichtete große Holzbaracke vernichtete. Der sofort mit drei Löschzügen am Brandort eingetroffenen Feuerwehr gelang es, eine Ausdehnung des Feuers auf weitere Gebäude des Werkes zu verhindern. Die Kraftfahrzeugherstellung kann trotz des Schadens weitergeführt werden, da die Zimmerei nicht in die Serienproduktion eingeschaltet war.

**Der Zwirnsfaden half nicht**

Peine (UP). Vierzehn Tage schweig eine Frau aus Peine über den Diebstahl einer Zigarettierin, die ihr eine Kassetten mit 480 DM gestohlen hatte. Die Zigarettierin gab der verunsicherten Frau einen mit drei Knoten versehenen Zwirnsfaden mit der Anweisung, diesen zwei Wochen hindurch bei sich zu tragen und über ihren Besuch zu schweigen. Sie würde dann einem Mann begegnen, mit dem sie sehr glücklich werden würde. Erst als die zwei Wochen vergangen waren und sich noch immer kein Mann eingefunden hatte, ging die Frau zur Polizei und meldete den Diebstahl.

**„Fabrik des Todes“ wird demontiert**

**Gefährliche Arbeit mit Nitrozellulose**  
Lüneburg (UP). Die seit sieben Jahren immer wieder aufgeschobene Demontage der „Fabrik des Todes“ bei Bomlitz in der Celler Heide ist jetzt durch das niedersächsische Innenministerium angeordnet worden. In der im Kr. Lüneburg untergebrachten Fabrik wurde Nitrozellulose hergestellt. Unter den Trümmern der zum Teil durch die Besatzungsmacht gesprengten Fabrik befinden sich noch mehrere tausend Zentner Nitrozellulose und größere Mengen von Nitroglycerin, das schon bei kleineren Stößen und Schlägen explodiert.

Bei einem früheren Demontageversuch zerbrach ein Rohr, in dem sich nur eine hauchdünne Schicht Glycerin befand, und tötete drei Arbeiter. Mehrere hundert Zentner Nitrozellulose konnten in den letzten drei Wochen bereits geborgen werden. Die von einem Bombenräumkommando vorgenommene Demontage der Fabrik ist so gefährlich, daß jeder einzelne Raum der Fabrik und jedes Werkstück, bevor es berührt wird, mit Wasser überflutet werden muß.

**Revision der deutschen Verteidigungskosten?**

Anrechnung der Auslandsschulden und Wiedergutmachung - Schäffer sprach in Washington

Washington (UP). Bundesfinanzminister Schäffer erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, die deutschen Zahlungen zur Abdeckung der Auslandsschulden und der Wiedergutmachung zu Gunsten der Juden müßten bei der Festsetzung des deutschen Verteidigungsbeitrages 1953 entsprechend berücksichtigt werden. Die finanzielle Unterstützung Berlins durch die Bundesrepublik sei gegenwärtig mit einer Milliarde DM jährlich in den Haushalt eingestellt. Dazu kommen im nächsten Jahr etwa 400 bis 500 Millionen Mark jährlich zur Abdeckung der Auslandsschulden. Hierbei seien die indirekten Verteidigungskosten für die Polizei, Unterstützung von Flüchtlingen und Kriegsteilnehmern und anderes nicht eingerechnet. Diese Kosten würden sich im nächsten Jahr auf einige hundert Millionen DM belaufen. Schäffer wies darauf hin, daß die Hochkommissare alle diese Kosten und die Berlinhilfe als einwandfreie indirekte Verteidigungsausgaben anerkannt hätten. Sie hätten beide Posten zusammen auf eine Milliarde DM im Jahr geschätzt. Diese Schätzung sei aber unrealistisch. Die wirklichen Kosten würden sich einschließlich der Berlinhilfe auf über zwei Milliarden DM im Jahr belaufen.

**Truman rügt die Republikaner**  
Präsident Truman griff scharf die Äußerungen republikanischer Politiker an, die sich in letzter Zeit für eine Befreiung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang ausgesprochen haben, die sie von innen heraus und ohne Anwendung von Gewalt vollziehen wollen. Truman sagte, das Schicksal dieser Völker sei eine der größten menschlichen Tragödien unserer Zeit, und die Menschen in Osteuropa

sollten nie vergessen werden. Es sei jedoch nicht möglich, solche Befreiungspläne ohne Gewalt auszuführen. Damit aber würde Osteuropa wahrscheinlich in ein Schlachtfeld des Atomkrieges verwandelt werden. General Eisenhower lasse sich wider besseres Wissen von einer selbstsüchtigen Clique in der Republikanischen Partei durch unverantwortliche außenpolitische Äußerungen für deren Interessen benutzen. Als er noch im öffentlichen Dienst der USA stand, habe Eisenhower die Außenpolitik der Regierung nach Kräften unterstützt. Auch einer der Männer hinter Eisenhower sei führend an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten beteiligt gewesen. Offenbar meinte der Präsident damit John Foster Dulles.

**Eisenhower wird massiv**  
Auf seinem Wahlfeldzug durch die amerikanischen Südstaaten richtete Eisenhower außergewöhnlich scharfe Angriffe gegen die Regierung. Washington müsse restlos von politischen „Bossen“ gereinigt werden. Die demokratische Administration sei eine einzige „Schweinerde“, herbeigeführt von Leuten, die zu klein für ihre Ämter, zu aufgeblasen für ihre Hosen und zu lange schon an der Macht seien. Er forderte den Süden auf, seine traditionellen Bande zur Demokratischen Partei zu brechen und sich am 4. November mit ihm zu einem gemeinsamen „Kreuzzug“ zu vereinen, um in der Hauptstadt des Landes wieder „Anständigkeit, Ehrenhaftigkeit und Rechtchaffenheit“ einzuführen.

Der Verband der amerikanischen Staatsbürgerdeutscher Abstammung nahm eine Entschließung an, in der er sich für General Eisenhower als Präsident ausspricht.

**USA und England beraten Iran-Problem**

Im Vordergrund die Verteidigungsstrategie - Mossadeg soll „Hintertüre offenhalten“

London (UP). Großbritannien und die USA haben nach der Ablehnung ihrer letzten Vorschläge zur Regelung der Erdölfrage durch die iranische Regierung die Beratung ihrer nächsten Schritte aufgenommen. Nach Ansicht maßgebender Kreise Londons werden diese Besprechungen weit mehr der Erörterung einer „Verteidigungsstrategie“ gewidmet sein als dem Erdölproblem selbst. In diesem Zusammenhang wird betont, England habe keine Möglichkeiten zu noch größerem Entgegenkommen. Es stehe nun völlig bei Mossadeg, seine „hastige“ Ablehnung zu „modifizieren“ und die Situation zu retten, indem er in der noch ausstehenden offiziellen Antwort einige „Hintertüren“ offen lasse, die ein Weiterführen der Verhandlungen ermöglichen. Nach offizieller britischer Ansicht wären die gemeinsamen britisch-amerikanischen Vorschläge breit genug angelegt, um Verhandlungen über jeden Gegenorschlag des Iran zuzulassen.

Britische Regierungsvertreter bezeichneten die Berichte für unwahr, wonach als Alternative zu einer freundschaftlichen Belegung des Konfliktes neuere militärische Maßnahmen erwogen würden. Dennoch ist man sich in London sehr wohl der durch den Kommunismus dem Iran drohenden Gefahr bewußt, die gleichzeitig eine Gefahr für den ganzen Nahen und Mittleren Osten sei. Premierminister Churchill hat für Donnerstag eine Sitzung des britischen Kabinetts einberufen, in der das Iran-Problem erörtert werden soll.

Mossadeg kann bei seiner Ablehnung der anglo-amerikanischen Vorschläge mit der sicheren Unterstützung des Parlaments rechnen. Der Abgeordnete Hassibi, zugleich Vertreter bei der staatlichen Ölkommission, erklärte vor der Presse, das Parlament könne

die Vorschläge Churchills und Trumans niemals annehmen, weil hinter ihnen der Versuch zu erkennen sei, der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft wieder zu ihren alten Rechten zu verhelfen. Hassibi und andere Vertreter des Parlaments hielten sich besonders über das amerikanische Anleiheangebot von 10 Millionen Dollar auf, das im Vergleich zu den iranischen Forderungen an die Anglo-Iranian zu gering sei.

**Ägypten erhält amerikanische Hilfe**  
Kairo (UP). Der ägyptische Ministerpräsident Ali Maher gab bekannt, daß offizielle britisch-ägyptische Verhandlungen zur Regelung der Suezkanal-Frage und des Streits um den Sudan vorläufig nicht aufgenommen werden. Der amerikanische Botschafter spiele eine sehr bedeutende Rolle bei der Lösung des Konflikts mit Großbritannien. Die USA und mit Ägypten übereingekommen, bei der Uferarmung von Wästenland am Nil und dem Aufbau der ägyptischen Industrie finanzielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. Zwei amerikanische Experten haben bereits die westlichen Wüstengebiete Ägyptens bereist und den nördlichsten Teil zur Umwandlung in Weideland vorgeschlagen. Die Sandschicht sei dort nur 25 Zentimeter hoch, während ausreichend Grundwasser vorhanden sei.

Die indische Regierung gab die Ernennung des bisherigen Botschafters in Peking, Sardar K. M. Panikkar, zum indischen Botschafter in Kairo bekannt. Sein Beglaubigungsschreiben wird an „Seine Majestät Foad Achmed II. König Ägyptens und des Sudans“ gerichtet sein. Gleichzeitig wurde die Ernennung von B. R. Sen zum indischen Botschafter in Rom bekanntgegeben. Sen war bisher Botschafter in Washington. Er wird auch die indischen Interessen in Jugoslawien vertreten.

**Oeffentliche Anklage gegen SED-Zaifer**

Mörder im ostzonalen Sicherheitsdienst - Kommunisten attackieren Dibelius

Berlin (UP). Der Westberliner „Untersuchungsausschuß freierdeutscher Juristen“ hat öffentliche Anklage gegen den Sowjetzonen-Staatsicherheitsminister Wilhelm Zaifer erhoben. In einer Anklageschrift wird Zaifer der Anstiftung zum Mord, der Anstiftung zur Freiheitsberaubung, der Erpressung von Gegenständen und der Anstiftung zum Menschenraub beschuldigt.

Neben einem ausführlichen Lebenslauf Zaifers, der als „General Gomer“ im spanischen Bürgerkrieg auf kommunistischer Seite kämpfte, schildert die Anklageschrift die Methoden der verbrecherischen Tätigkeit des kommunistischen Staatsicherheitsdienstes. Nach Feststellungen des Untersuchungsausschusses haben Angehörige des staatsicherheitsdienstes nachweisbar fünf Personen, die sich in ihrem Gewahrsam befanden, ermordet. In zwölf weiteren Fällen dauern die Ermittlungen des Ausschusses noch an.

Einen scharfen Angriff richtet die kommunistische „Berliner Zeitung“ gegen den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche und Bischof von Berlin-Brandenburg, D. Dr. Dibelius. Bei einer Rede auf dem Stuttgarter Kirchentag habe der Bischof ein „massives Bekennnis zum deutschen Imperialismus und zur Hetze gegen unsere Republik abgelegt“, schreibt das Blatt. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ erklärt am gleichen Tage in seinem Kommentar zum Kirchentag Dibelius habe „nicht in der Reihe der Hetzpostel geblüht“.

Die Große Strafkammer des Ostberliner Landgerichts verurteilte den 67jährigen Berliner Gustav Globig als angeblichen Agenten der Westberliner Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zu drei Jahren Gefängnis und den „obligatorischen Sühnmaßnahmen“.

Zum ersten Male ist jetzt in der sowje-

tschen Besatzungszone der Gesang von Deutschlandliedern in Mählhäusern in Thüringen strafrechtlich verfolgt worden. Zu sechs Monaten Gefängnis und Sühnmaßnahmen wurde eine Schneidermeisterin verurteilt, weil sie ihren Angestellten das Singen des Deutschlandliedes auf einer Betriebsfeier gestattet hatte.

An der Zonengrenze haben „Volkspolizisten“ ein 12jähriges Kind aus Westberlin festgenommen, weil es angeblich keine ordentlichen Papiere vorzuweisen hatte. Es wurde nach Ostberlin gebracht, wo es heute noch festgehalten wird. Nachfragen der Eltern bei den Sowjetzonenbehörden blieben bisher erfolglos.

Mit einem völligen Fiasco haben die in diesem Jahr in den Grundschulen der Sowjetzone abgenommenen Abschlussprüfungen geendet. Wie aus dem Volksbildungsministerium in Ostberlin verlautet, haben über die Hälfte aller Grundschüler die Prüfungen nicht bestanden. Den höchsten Prozentsatz durchgefallener Schüler hat der sowjetische Sektor Berlins aufzuweisen. Die Jugendlichen scheiterten überwiegend an den politischen Fragen.

**Ein Bundestagsausschuß berät zur Zeit ein Gesetz zur Baulandbeschaffung, das möglichst noch vor den deutsch-alliierten Verträgen im Bundetag verabschiedet werden soll.**

**Der neue US-Hochkommissar für Österreich,** Thompson traf in Wien ein; er war bisher Botschafter in Rom.

**Die Mutter des Sohns des Iran** traf in Begleitung einer Tochter und eines Enkels in Amsterdam ein; nach zehntägigem Aufenthalt will sie nach den USA weiterreisen.

**Gewerkschaftsopposition unterlag**

Resolution gegen Deutschland und Japan abgelehnt

Margate (UP). Die britischen Gewerkschaften haben trotz starker Opposition des linkssozialistischen und kommunistischen Flügels die britische Aufrüstung gebilligt. Im Gewerkschaftskongress in Margate genehmigte mit 5 597 000 gegen 1 450 000 Stimmen den Bericht des Kongresses, in dem die Regierung aufgefordert wird, so stark aufzurüsten, wie dies die wirtschaftliche Lage Großbritanniens zulasse. Jeder Delegierte hat so viele Stimmen, wie die von ihm vertreten Organisation Mitglieder besitzt.

Der Kongress lehnte dagegen mit Zweidrittel-Mehrheit Resolutionen aus dem Reiben des linken Flügels der Gewerkschaften ab, die sich gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands und Japans richteten. Einen Fünf-Mächte-Friedenspakt unter Einfluß der Sowjetunion und Moschinas, sowie die Unterstützung der wirtschaftlich rückständigen Länder, eine allgemeine Abrüstung und die Kontrolle der Streitkräfte durch die UN, sowie das Verbot der atomaren und bakteriologischen Waffen forderten.

**Sicherung des Balkan-Friedens**

Türkei, Jugoslawien und Griechenland einig

Athen (UP). Feldmarschall Papagos, der Führer der griechischen Sammlungsbewegung, brachte vor einer Gruppe jugoslawischer Journalisten zum Ausdruck, daß die Türkei, Jugoslawien und Griechenland, von militärischen Standpunkt betrachtet, Faktoren seien, die den Frieden auf dem Balkan sichern könnten. Der Marschall, der die größte Partei Griechenlands führt, betonte, daß jede Macht, die einen Angriff beabsichtige, mit der Einigkeit dieser drei Staaten zu rechnen habe, die entschlossen seien, gemeinsam ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

Moscha Pijade, der Leiter einer griechenland bereisenden jugoslawischen Parlamentsdelegation, äußerte in einer Pressekonferenz in Athen, daß in den Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland die Frage der Verteidigung an erster Stelle stehe. Im Augenblick sei kein Vertragsabschluß zwischen den beiden Mächten vorgesehen. Es könne ohne schriftliche Verträge sogar bessere und ehrlichere Abmachungen geben. Sollte sich der Abschluß schriftlicher Verträge eines Tages als notwendig erweisen, könne dies noch immer geschehen.

**Krise um Belgiens Justizminister**

Wegen Begnadigung von zwei Kriegsverbrechern

Brüssel (UP). Die Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge und Vertreter verschiedener Widerstandsbewegungen aus dem zweiten Weltkrieg haben den belgischen Justizminister Pholien wegen der Begnadigung zweier Kriegsverbrecher zum Rücktritt aufgefordert. Ihr Protest richtet sich gegen die Begnadigung des „Henkers von Brandendick“, Richard de Bodt, und den ehemaligen Chef der belgischen Gendarmeserie während der deutschen Besetzung, Adrien van Coppenalle. Beide waren wegen Tötung belgischer Häftlinge und Kollaboration mit den deutschen Stellen zum Tode verurteilt, jedoch im Juli vergangenen Jahres zu lebenslänglicher Haft und jetzt zu 30 Jahren Gefängnis begnadigt worden. Die Sozialisten, die sich dem Protest anschlossen haben, forderten gleichzeitig die sofortige Einberufung des Parlaments, selbst für den Fall, daß Pholien zurücktreten sollte.

**Verstärkte Lufttätigkeit über Korea**

Politische und militärische Gründe - „Stiller Krieg“ um die Mongolei

Seoul (UP). Das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Korea teilte mit, die Orlantrieken in Aoji, etwa 30 km von der sowjetischen Grenze entfernt, seien durch den Angriff von UN-Trägerflugzeugen nahezu völlig zerstört worden. Ferner seien in Chongjin drei Kraftwerke und fünf Transformatorstationen beschädigt worden. Insgesamt wurden von der US-Luftwaffe seit Beginn dieser Woche 350 Einsätze geflogen. Eine weitere Intensivierung des Luftkrieges in Nordkorea wurde angekündigt, die eine rasche Herbeiführung eines Waffenstillstandsabkommens, eine Versöhnung der Spannungen zwischen der nordkoreanischen Bevölkerung und den kommunistischen Machthabern und eine Untergrabung der Kampfmoral der nordkoreanischen Truppen bezwecken soll.

Diplomatische Beobachter des Westens vertreten die Ansicht, daß zwischen der Sowjetunion und dem kommunistischen China um die Äußere Mongolei ein „stiller Krieg“ entbrannt ist. Sie erblicken im Eintreffen einer mongolischen Regierungsdelegation in Moskau während der noch laufenden sowjetisch-chinesischen Gespräche einen Beweis dafür, daß Ministerpräsident und Außenminister Tscha En Lai bestrebt ist, sich die Äußere Mongolei als chinesisches Einflußgebiet zu sichern. Es hat auch in der Tat den Anschein, daß die gegenwärtige mongolische Regierung stärker zu Rot-China als zu Moskau tendiert. Rot-China hat in Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, erst vor kurzem eine Botschaft eingerichtet.

Auf Grund des chinesisch-sowjetischen Vertrages von 1945 hat das nationalchinesische Regime im Januar 1946 die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei anerkannt. Über eine derartige Anerkennung durch Mao Tse Tung ist bisher nichts bekannt geworden. Es ist auch unbekannt, ob im Vertrag zwischen der Sowjetunion und Rot-China vom Februar 1950 eine Klausel über die Unabhängigkeit der Mongolei enthalten ist. Alliierte Fernost-sachverständige haben in Erfahrung gebracht, daß Rot-China vor allem die Wiedereröffnung der geschlossenen Handelswege durch die Wüste Gobi anstrebt. Ob und inwieweit China seine Wünsche bezüglich der Mongolei in Moskau durchzusetzen vermag, ist allerdings im Augenblick noch ungewiß.



Aus den Alb- und Gmeinden
Bujenbach

Der VdK auf freier Fahrt
Busenbach. Die Ortsgruppe des VdK unternahm am letzten Sonntag ihren diesjährigen Ausflug...

baute Orgel, ein Meisterwerk mit über 1000 Pfeifen, hatte die Kriegsjahre recht gut überstanden...

lichen Instrument alle die Töne zu entlocken, die es fähig ist zu geben. Ja man kann es wohl hören, mit wie viel Liebe und Sorgfalt...

Aus dem Gerichtssaal

Verlustgeschäfte mit der Ostzone führten zur Pleite
Karlsruhe. Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Schmitz verhandelte die II. Große Strafkammer gegen den 39 Jahre alten verheirateten Kaufmann Karl W. aus Etilingen...

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Die neuen Meister im Ringen
Junges Blut drängt nach vorn und nimmt Plätze Deutscher Ringkampftmeister im klassischen Stil ein...

Langensteinbach 6:3
Langensteinbach. Zu einem Freundschaftsspiel fuhr am Sonntag die Elf der Handballsparte nach Pforzheim...

Wolfsweiler - Langensteinbach 5:3
Langensteinbach. Im ersten Spiel des zweiten Spieljahres in der A-Klasse, Staffel 2, mußte die hiesige Elf fünf Tore hinnehmen...

TuV Spinnerei L. - SV Schöllbrunn 1. 0:3 (0:3)
Spinnerei. Im ersten Verbandsspiel mußte die heimische Elf von den Gästen eine Niederlage hinnehmen...

Table with 3 columns: Deutsche Wertpapierbörsen, Frankfurt, 2.9., 1.9.

Table with 3 columns: Zürcher Notenzinsverbreitungsstelle, New-York (1 Dollar), London (1 Pfd.), Paris (100 Fr.), Brüssel (100 Belg. fr.), Mailand (100 Lire), Deutschland (100 DM), Wien (100 Sch.), Stockholm, Amsterdam, Dänemark, Norwegen, Sperrmark, Spermark New York.

Berlin, den 1. 9. 52: Wechselstuben Umrechnungskurs 100 DM (West) = 455,00 DM (Ost) 100 DM (Ost) = 23,34 DM (West)

Stadt, Schwimmbad
Wassertemperatur um 12 Uhr 20° Celsius

Schweinemarktbericht vom 3. 9. 1952
Zufuhr: 18 Läufer, 9 Ferkel, Verkauf: 2 Läufer 4 Ferkel, Preis: 100.— DM das Paar Läufer 80.— DM das Paar Ferkel

Karlsruher Schlachtlehmarkt vom 1./2. 9.
Auktion: Rinder 471, Kälber 352, Schafe 50, Schweine 391, Preis: Ochsen A 90-98, B 82 bis 89, Bullen A 80-100, Färsen A 98-104, B 82-89...

Was macht das Wetter?

Mittwoch und Donnerstag wechselnd bewölkt, größtenteils trocken bei Winden aus West bis Nordwest, mäßig warm. Höchsttemperaturen um und über 30 Grad, nächtliche Tiefsttemperaturen zwischen 10 und 15 Grad.

Rheinwetterstand am 2.9.: Konstanz 317 (+1) Rheinfelden - (-) Breisach 142 (+14) Straßburg 202 (+7) Maxau 382 (-1) Mannheim 190 (-8) Caub 115 (+0)

LETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Alb- und Gmeinden
A. Graf - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Etilingen, Schöllbrunner Straße 5, Tel. 37 487

Neues aus Langensteinbach

Langensteinbach. Stark beeindruckt von Erlebnissen kehren die Teilnehmer des Ev. Kirchentages wieder in ihr Heimatdorf zurück...

Aus Malsch

Orgel wird instand gesetzt
Malsch. Die im Jahr 1939 in der Pfarrkirche von Orgelbauer Heß (Karlsruhe-Durlach) er-

Bei Fuß- und Achselschweiß
Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen meine Anerkennung für Klosterfrau Aktiv-Puder auszusprechen...

leiden heute mehr Menschen denn je! Wie gut, daß es Aktiv-Puder gibt: er saugt den Schweiß auf und bindet selbst Gerüche!

Nationalen Gedenktages des Deutschen Volkes
Die Stadtverwaltung Etilingen veranstaltet anlässlich des Nationalen Gedenktages des Deutschen Volkes am Sonntag, den 7. September 1952...

Veranstaltungen
Bad. Staatstheater
Schauspielhaus
Morgen 20.00 Uhr 1. Vorstellung für Abonnement C und freier Kartenvorverkauf

Graue Haare
lassen Sie älter erscheinen als Sie sind. Aber nicht färben! „Hazinol“ ges. gesch. Haarfarbmittelhersteller gibt über Nacht Ihren Haaren die natürliche Farbe zurück.

VERSCHIEDENES
Wollen Sie guten, dauernden Nebenverdienst? Für Frauen besonders geeignet. Anfragen an TERAMA-Organisation, Stuttgart W, Silberburgstraße 170/7 k

ZU KAUFEN GESUCHT
Nettes Ein- bis Drei-Familien-Haus mit Garten zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3202 an die EZ

Schmerz lass nach
Millionenfach bewährt gegen Hühneraugen Warzen - Hornhaut

ZU VERKAUFEN
Ein großer Ausziehbusch geeignet für Schneiderei oder Büro, zu verkaufen, Etilingen, Sibyllastraße 13/III

Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Bad. Staatstheater
Kabale und Liebe
Trauerspiel von Friedr. Schiller

Mietverträge
sind erhältlich bei Buchdruckerei A. Graf

PFANNKUCH
Wir bauen um und suchen während der Umbauzeit ein geeignetes Ersatzlokal

Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Ein neuer Hut - ein neues Gesicht

Asymmetrie steht hoch im Kurs

Liebe Agnes! Seit Wochen schon "bombardiert" Du mich mit Deiner Frage: "Wie sehen die neuen Hüte aus?"



Asymmetrie steht hoch im Kurs und kommt weiblicher Reizvoller sehr entgegen. Die rechte Seite des Hutes wird häufig tief bis zur Wange heruntergezogen...

Da Du aber den Eheplatz hast, immer allein anderen voraus zu sein, will ich Dich nicht länger auf die Folter spannen...

Die Hüte sitzen unannehmbar fest im Kopf. Der Hutrand wird häufig nur angelehnt und geht meistens unmittelbar in den Hutkopf über...

Diana Marianna

Senkt früh die Liebe zum Tier ins Herz!

Das Kind ist leicht zu belehren

Man darf aus überzeugtem Herzen sagen, daß derjenige, der der Jugend den Tierschutz predigt, im besten Sinne an der Veredelung der Menschheit arbeitet.

Wenn Friedrich der Große einmal sagte: "Der Charakter eines Volkes kann man danach beurteilen, wie es sich den Tieren gegenüber verhält..."

Peter Rosegger sagt in "Allerlei Menschliches": "Unsere Sittenlehre ist noch lange nicht streng genug gegen Tierquälereien."

Die Gedankenlosigkeit dem Leben und Leiden der Tiere gegenüber ist oft eine Folge mangelhafter Erziehung. Die Achtung vor dem stummen Kreatur muß dem Kinde schon vor Beginn der Schulzeit gepredigt werden.

Natur, das tiefe, mütterliche Empfinden für die Schutzlosigkeit ins Herz gepflanzt hat, sollte keine Gelegenheit zum Schutz der stummen Kreatur vorbegeben lassen.

Es ist also eine Aufgabe von ungeheurer Tragweite, die den Müttern durch die Erziehung zum Tierschutz zufällt...

Wie schön und genußreich ist es dagegen mit Kindern Spaziergänge durch Feld, Wald und Wiesen zu unternehmen...

Frohe Wandfarben im Kinderzimmer

Wie gestalten wir die Spiel-Ecke für unser Jüngstes?

Es gibt wohl kaum eine schönere, mit mehr Freude und Liebe angefallene Aufgabe für die Eltern, als dem Kinde ein eigenes, kleines Reich...

Also sehen wir vor allem darauf, daß die Möbel nicht allein empfindlich sind.

Schon das erste Stück, das angeschafft werden muß, das Kinderbettchen, nimmt man am besten aus Kiefern, Eschen- oder Obstbaumholz natur.

Geschält, entkernt, in Stücke geschnitten

Köstlichkeiten aus frischen Gurken

Man wirtschaftet immer dann am vorteilhaftesten, wenn man jede Gemüse- und Obstsorten recht häufig auf den Tisch bringt...

Geschälte Gurken werden vor der weiteren Zubereitung zunächst an den Enden gekostet, ob sie bitter schmecken...

chen werden ausgedrückt und zerpflückt, mit einem Eßlöffel voll gekochter Petersilie in etwas Butter angedünstet...

Die ausgehöhlten Gurken werden dann mit der Masse gefüllt in eine Kasserolle mit erhitzter Butter hineingelegt...

Zwei Salatgurken werden von der Blüte zum Stiel geschält und mit vier Tomaten zusammen in Würfeln geschnitten.

Gefüllte Gurkenschälchen Eine Salatgurke wird von der Blüte zum Stiel geschält und in 5 cm dicke Scheiben geschnitten.

Die Gurkenschälchen werden mit Zitronensaft und etwas Salz mariniert und kurze Zeit sieben lassen.

Entdeckungsreisen im Gesicht

Pusteln und Pickel soll man nicht aufratzen

Wenn der Kopf voller Sorgen ist, dann stützen wir unser Haupt mit den Händen. Ist jemand in tiefes Grübeln und Denken versunken...

Derselbe unbewußte Trieb ist es, der so häufig einem Menschen dazu veranlaßt, sein Gesicht abzutasten...

Nun wäre diese üble Angewohnheit uns schwer zu vermeiden, wenn man die notwendige Willensstärke jederzeit aufbrächte...

Jeder verunreinigten Wunde in unserem Antlitz. Selbst kurz zuvor peinlich gewaschene Hände sind niemals frei von Keimen...

Um eine Wunde zu verunreinigen, braucht man gar keine große Verletzung zu haben, sondern gerade die kleinen Pickelchen sind gefährlich.

Jeder weiß, daß gerade die zarte Gesichtshaut ganz besonders zu Unreinigkeiten reizt. Wir wollen uns alle nicht besser machen...

Merksprüche für die Küche

Laß es dir zur Gewohnheit werden...

In Tassen und Gläser, ebenso Kochtöpfe nach der Benutzung Wasser einzufüllen...

den Aufwandschlappen täglich auszuwaschen - das Wasser bleibt sauberer, das Geschirr wird nicht schmierig.

Milch-, Bier- und andere Flaschen gleich zu reinigen - sie sind dann zur nächsten Verwendung schon sauber.

Bratpfannen mit Papier auszuwaschen - das der Pfanne anhaftende Fett paßt meist nicht zum nächsten Pfannengericht...

die Messer nach der Benutzung mit Papier abzureiben - sie bekommen dann keine schwarzen Flecke und rosten nicht.

den Herd nach dem Kochen täglich mit Zeitungspapier abzureiben - es erspart lästiges Schwärzen.

Glas- und Porzellanschalen sofort gründlich aufzufeigen - mit dem Scheuertuch erfaßte Splitter verletzen die Hände.

den Kerichtseimer stets gut verschlossen zu halten und täglich zu leeren - es entsteigen ihm sonst häßliche Dünste, die Fliegen anziehen.

### Umschau in Karlsruhe

#### Kein Gegenmittel gegen Kinderlähmung

Eine Feststellung des Ärztekongresses Karlsruhe (UP). Auf dem Karlsruher Ärztekongress kam erstmals die spinale Kinderlähmung in ihrer Erscheinungsform und ihrer Bekämpfung zur Sprache. Im Zusammenhang mit der noch immer anhaltenden Kinderlähmungsepidemie in Nordrhein-Westfalen, die bisher bei über 3000 gemeldeten Erkrankungen 175 Todesfälle gefordert hat, betonte Professor Dr. Pette (Hamburg), daß noch kein absolut wirksames Gegenmittel gegen den Erreger existiere. Der Landesbeauftragte zur Bekämpfung der Kinderlähmung in Nordrhein-Westfalen, Dr. Tietz, erklärte, daß glücklicherweise nur bei etwa 10 Prozent der Infizierten Lähmungserscheinungen auftraten. Die sicherste Vorbeugung sei peinlichste Sauberkeit, die besonders bei Kindern zwischen vier und sechs Jahren beobachtet werden müsse. Sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik seien namhafte Wissenschaftler mit der Erforschung dieser Krankheit intensiv beschäftigt. In Hamburg werde in den nächsten Wochen ein Forschungsinstitut unter Leitung von Professor Dr. Pette eröffnet, das sich ausschließlich mit den Problemen der spinalen Kinderlähmung beschäftigen wird.

**Ami-Zigaretten teuer bezahlt**  
 Karlsruhe (ld). Wegen Steuerhinterziehung im Rückfall wurde die Pächterin einer Gastwirtschaft zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte von einem amerikanischen Soldaten 150 unverzollte Zigaretten erworben. Die Erklärung, sie habe die Zigaretten nur zur Verwahrung angenommen, weil der Soldat seine Zehne nicht habe bezahlen können, ließ das Gericht nicht gelten.

Karlsruhe. Über das Wochenende ergebnen sich in Karlsruhe und Umgebung vier schwere Verkehrsunfälle, die fünf Menschenleben forderten. (lsd)

### Aus der badischen Heimat

**Mit Suppe, Sauce und Bierflaschen...**  
 Mannheim (lsd). Das Schöffengericht verurteilte den mehr als 20mal vorbestraften 46 Jahre alten Adam Edwein wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung seiner 49 Jahre alten Braut zu 10 Monaten Gefängnis. Edwein hatte nach einem vorausgegangenen Streit seiner Braut einen Topf mit heißer Suppe über den Kopf gegossen. Dann leerte er die Sauce-Schüssel über sie aus und schlug mit dem Kochtopf mehrere Male auf sie ein. Schließlich zerschlug er nicht weniger als 8 Bierflaschen auf ihrem Kopf und verprügelte sie dann noch mit einem Schrubber, bis die sich in der Zwischenzeit vor dem Küchenfenster versammelte Volksmenge einen Weg in die Küche bahnte und das schwer mißhandelte Opfer befreite. Edwein hatte schon vor einigen Jahren seine damalige Frau, die sich später für ihn scheiden ließ, mit kochender Fleischbrühe übergossen. Wegen anderer Roheitsdelikte erhielt er mehrere Strafen.

Mannheim. Professor Albert Is. von Oberbürgermeister Dr. Heimerich in sein Ami als Generalmusikdirektor am Nationaltheater eingeführt worden. (lsd)

Mannheim. Ein US-Soldat, der auf einen fahrenden Personenzug aufspringen wollte, stürzte und wurde tödlich überfahren. (ZSH)

**Ehemaliger Captain wegen Bigamie verurteilt**  
 Heidelberg (lsd). Ein ehemaliger Captain der amerikanischen Armee ist von einem deutschen Gericht in Heidelberg wegen Bigamie und falscher eidesstattlicher Aussage zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden.

fen. Der Amerikaner, der verheiratet war, hatte, nachdem er aus der Armee ausgeschieden war, im Oktober 1950 in Stuttgart mit einer deutschen Frau eine zweite Ehe geschlossen. Der Angeklagte gab vor dem Gericht zu, daß er sich seinerzeit bei der Frage des Standesbeamten, ob er ledig sei, einer falschen eidesstattlichen Versicherung schuldig gemacht habe. Heidelberg. Die ehemaligen Angehörigen des Artillerie-Regiments 1/344 treffen sich am 6. und 7. September in Heidelberg zu ihrem ersten Wiedersehen.  
 Tauberbischofsheim. Einem Postangestellten in Königsbühl gelang es, einen 25 Meter langen Rebstock zu richten. Man nimmt an, daß dieser Rebstock in diesem Jahre mindestens zwei Zentner Trauben geben wird. (ZSH)  
 Heidelberg, Kreis Bruchsal. Die während des Krieges zerstörte Eisenbahnbrücke über den Saalbach bei Heidelberg wird jetzt wieder aufgebaut. Die Brücke soll dieses Jahr noch freigegeben werden. (lsd)

**Rosaroter Optimismus**  
 Baden-Baden (ld). Oberbürgermeister Dr. Schlapper hat mit seinem rosaroten Optimismus recht behalten. Das am 14. Juni eröffnete Schwimmbad auf dem Harberg konnte bis Ende August eine Besucherzahl von 141 000 melden und damit die höchsten Erwartungen, die von verantwortlicher Seite gegnert waren, übertreffen.

**Neue Aufgabe für Dr. Lais**  
 Freiburg (lsd). Dem ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Lais (CDU) wurde bei den Industrie- und Handelskammern die Bearbeitung aller grundsätzlichen Fragen übertragen, die sämtliche Kammern betreffen. Er hat seinen Dienstsitz bei der Industrie- und Handelskammer Freiburg.  
**Handwerk wünscht Bundeshilfe**  
 Freiburg (lsd). In Freiburg wurde der 3. Bundeskongress des deutschen Damenschneider-Handwerks eröffnet, der rund 500 Vertreterinnen dieses zahlenmäßig größten handwerklichen Berufsstandes aus dem ganzen Bundesgebiet zu einer dreitägigen Aussprache über Berufsfragen zusammenführte. In einem Festakt zur Eröffnung des Kongresses schilderte der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks, Bodner, die schwierige Situation des durch Substanzverluste während des letzten Jahrzehnts stark angegriffenen Handwerks. Er forderte von der Bundesregierung Hilfsmaßnahmen, wie sie auch der Industrie zuteil geworden seien. Die kleinen Betriebe, sagte Bodner, hätten fast eine Milliarde DM Außenstände.

## Verwaltungs-Beratungen mit der CDU?

Eine Einladung der Regierung an die CDU-Fraktion

Stuttgart (lsd). Die Stuttgarter Regierung hat der CDU die Teilnahme an den Beratungen des Kabinetts mit den Regierungspartei über die Frage des Aufbaues der künftigen Mittelinstanzen angeboten. An den Fraktionsvorsitzenden der CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung, Dr. Gurr, ist, wie Ministerpräsident Dr. Maier im Anschluß an die Sitzung des Ministerrates der Presse mitteilte, bereits eine Einladung ergangen. Die Regierung wolle, so sagte Dr. Maier, vor allem die Ansicht der Opposition zu der schwierigen Frage hören, welche Aufgaben der Landwirtschafts- und Kultverwaltung an die Regierungsbezirke abgetreten werden sollten.

Hier gingen die Meinungen auseinander, besonders in der Frage, ob die höheren Schulen dem Kultusministerium und die Volksschulen den Regierungspräsidenten unterstellt werden sollten. Wenn man, wie Kultusminister Dr. Schenkel es tat, die höheren Schulen und die Volksschulen als einen in der Verwaltung einheitlich zu behandelnden Komplex betrachte, müßten die Schulen entweder alle dem Kultusministerium oder insgesamt den Regierungspräsidenten unterstellt werden.  
 Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Arbeiten über den Aufbau der Mittelinstanzen und die Abgrenzung ihrer Zuständigkeiten während der Sommerferien keine großen Fortschritte gemacht hätten, da die Landtagsfraktionen nicht erreichbar gewesen seien. Dr. Maier kündigte an, daß das Kabinett noch in diesem Jahr den Entwurf für die neue Gemeindeordnung verabschieden und dem Landtag zur Beratung vorlegen werde. Ein Teilgesetz mit den Bestimmungen über die Amtsdauer der Gemeinderäte im früheren Land Südboden im Dezember ablaufe.  
 Der Ministerpräsident betonte, daß nicht so sehr die neue Verfassung, die für den Bürger des Landes keine Überraschungen bringe, als vielmehr die neue Gemeinde- und Kreisordnung sowie das Landesverwaltungsrecht das Gesicht der neuen Bundesländer prägen werden. Nicht die Verfassung, sondern das Landesverwaltungsrecht werde auch die endgültige Zahl der Regierungspräsidenten zu bestimmen haben. Vorläufig werde es bei den durch

das Überleitungsgesetz bestimmten vier Regierungspräsidenten bleiben.

Dr. Maier gab ferner bekannt, daß die Regierung demnächst eine von der früheren Freiburger Regierung ausgearbeitete Denkschrift über die Versteppung des Rheintales herausgeben werde. Diese Denkschrift, deren Druck die Regierung von Baden-Württemberg finanziert habe, werde auf die Gefahren hinweisen, die dem Rheintal durch den Bau des Rheineitenkanals drohen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Ministerpräsident, daß demnächst dem Ministerrat mit den Berichten über den Staatsbesuch in Breisach und Neuenburg Vorschläge unterbreitet werden, wie diesen Städten geholfen werden könne.  
 Zur Klage der SPD-Bundestagsfraktion beim Bundesverfassungsgericht über das Keller-Hafenabkommen, bemerkte Dr. Maier noch, habe die Landesregierung nicht Stellung genommen, sie habe jedoch die in dieser Sache tätigen südbadischen Beamten ermächtigt, vor dem Verfassungsgericht ihre Aussagen zu machen.

**Fierstunde im Landtagsgebäude**  
 Aus Anlaß des nationalen Gedenktages wird am kommenden Sonntag im Sitzungssaal des Landtags in Stuttgart eine Feier stattfinden, bei der der DVP-FDP-Abgeordnete Prof. Dr. Gönswieser die Festrede halten wird. In Vertretung von Ministerpräsident Dr. Maier, der als Präsident des Bundesrates an der Gedenkfeier der Bundesregierung teilnehmen muß, wird Wirtschaftsminister Dr. Veit 40 verdienten Persönlichkeiten des Bundesverdienstkreuz am Bande überreichen.

**Kirkpatrick besucht Stuttgart**  
 Stuttgart (UP). Der britische Hochkommissar Sir Ivone Kirkpatrick wird am 13. Oktober zu einem eintägigen Staatsbesuch bei der Landesregierung von Baden-Württemberg nach Stuttgart kommen. Wie Ministerpräsident Dr. Maier bekanntgab, steht der Besuch des höchsten britischen Beamten im Zusammenhang mit der „Britischen Woche Stuttgart 1952“. Die Britische Woche wird vom 12. bis 19. Oktober von der Stadt Stuttgart gemeinsam mit dem Kultusministerium und zahlreichen kulturellen Vereinigungen veranstaltet.

Auch die öffentliche Hand zahle sehr schlecht. Andererseits habe das Handwerk eine halbe Milliarde DM Verpflichtungen gegenüber seinen Lieferanten. Nachdrücklich forderte Bodner gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die als der Krebschaden der Volkswirtschaft anzusehen sei.

**Großfeuer in St. Georgen**  
 St. Georgen (lsd). In einem Bauernhof in St. Georgen im Schwarzwald brach ein Feuer aus, das das Wirtschaftsgebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Die Ernte, die landwirtschaftlichen Geräte und fast das gesamte Vieh fielen den Flammen zum Opfer. Der Schaden wird auf rund 100 000 DM geschätzt.

**„Fliegende Untertassen“ über dem Bodensee?**  
 Konstanz (lsd). In einer der letzten Nächte vor dem Einwohnern von Konstanz über dem Bodensee mehrere „fliegende Untertassen“ gesehen haben. Die Objekte in Gestalt von Ellipsen kamen angeblich aus fälliger Richtung und flogen mit sehr großer Geschwindigkeit nach Süden.

**Neue Umspannwerke des Badenwerkes**  
 Stockach (lsd). Das Badenwerk Stockach wird zur Verbesserung der Stromversorgung im Bodenseegebiet neue Umspannwerke in Stockach und in Weildorf bei Überlingen errichten. Es handelt sich um zwei Freiluftanlagen für 100 000 Volt die die ersten ihrer Art im Bodenseegebiet sein werden. In den Werken soll die Spannung auf 15 000 Volt heruntertransformiert werden. Bisher verfügte das Badenwerk Stockach nur über eine Zuleitung und ein Umspannwerk für 45 000 Volt. Die Arbeiten sollen noch in diesem Herbst abgeschlossen werden.

Die Zweite Europäische Lehrmittelmesse wurde in Becklinghausen von Präsidenten des Europäischen Lehrmittelinstitut, Walter Kämmerli (Bern), eröffnet. Kämmerli hat den wesentlichen Anteil der deutschen Bemühungen an der Schaffung einer europäischen Zusammenarbeit auf pädagogischem Gebiet hervor. Die Messe dauert bis 7. September.



**Doppel-Armampulierter lenkt Fahrrad**  
 Ein Kriegsbeschädigter aus Niedersachsen, der im Afrika-Feldzug beide Arme verlor, konstruierte sich einen eisernen Biegel, der es ihm ermöglicht, mit dem rechten Arm die Lenkstange eines Fahrrads zu führen, und übte unermüdlich, bis er sicher auch im Verkehrsstrom fahren konnte.

## Silberne Lotusblume

EIN LIEBESROMAN UNTER DER SONNE INDIENS

Copyright by Hamann-Meyer-Press  
 durch Verlag v. Graberg & Götz, Wiesbaden

(36. Fortsetzung)  
 „Sie wissen nichts, Hohheit. Sie bleiben dabei, daß Frühlein Angelus an der Ecke der Leicester-Road ausgesetzt ist und den Wagen zum „Majestic“ bestellt hat. Im übrigen, Hohheit, es war nicht ihr alter Chauffeur und nicht der gewohnte Diener. Beide waren gerade an jenem Tag verhindert. Der Chauffeur lag mit Fieber zu Bett, er ist jetzt noch nicht wieder auf seine übliche Malaria, und den Diener Senu hat man sinnlos betrunken in einem Raum des Bedientenflügels gefunden.“  
 „Ich werde ihn peitschen lassen, den Hund!“  
 „Nein, Hohheit. Der Mann ist völlig verzweifelt, er hat noch nie in seinem Leben einen Tropfen Alkohol angeführt. Irgend jemand muß ihm etwas in seinen Tee gemischt haben. Er hat keine Ahnung, wer es gewesen sein kann.“  
 Fürst Rameni riß an der Klingelschour. Als die Wache eintrat, befahl er, sofort den Chauffeur und den Diener herbeizubringen, die den Wagen gefahren hatten. Aber schon wenige Minuten später kamen die Wachen mit dem Bescheid zurück, daß beide verschwunden seien.  
 Eine Ader schwoll auf der Stirn des Maharadscha. Er befahl den Offizier der Wache zu sich.  
 „Niemand darf die Palaststadt verlassen, stellen Sie doppelte Wachen auf! Sie haften mit Ihrem Kopf!“  
 Der Inder verbeugte sich. Wenige Minuten später sumpte es in der Palaststadt wie in einem Eisenkorb. Wachen zogen auf, an allen Ausgängen und Türen wurden Posten aufgestellt. Eine Kette von eingeborenen Soldaten begann in dem weit ausgedehnten Parkgelände

eine regelrechte Treibjagd abzuhalten. In geschlossener Kette sahen sie den Park und die umliegenden Palmenhaine ab, aber die beiden Eingeborenen wurden nicht gefunden.  
 „Upperwood?“  
 „Ja, Hohheit?“  
 Fürst Rameni streckte dem jungen Engländer die Hand entgegen. „Selen Sie jetzt mein Freund, Harry Upperwood?“  
 „Ja, Hohheit — ich habe mich immer als solcher gefühlt.“  
 Fürst Rameni wandte sich ab, er wollte nicht zeigen, daß ihm die Augen feucht geworden waren. Diese verzehrende Ungewilltheit riß an seinen Nerven. Seit vier Tagen war Upperwood nicht aus den Kleidern gekommen. Alle nur möglichen Spuren hatte er untersucht, alles war vergeblich gewesen.  
 „Harry Upperwood?“  
 „Ja, Hohheit?“  
 „Sie wissen, was Miß Angelus für mich bedeutet?“  
 „Ich glaube es zu wissen, Hohheit. Wir werden alles tun, um sie zu erfahren, was mit Miß Angelus geschehen ist. Sie ist doch Europäerin, sie kann doch nicht einfach verschwinden. Es gibt doch Polizei, Konsulate!“  
 Abwehrend schüttelte der Maharadscha den Kopf. „Indien ist ein Land der Geheimnisse, ein großes, weites und furchtbares Land. Hier spielt ein Menschenleben keine Rolle. In Liebe und Haß sind wir stärker als Ihr Europa, unendlich viel stärker. Bei uns gehen Liebe und Tod Hand in Hand. Ich weißte, daß starke Kräfte am Werk sein würden, die eine Verbindung zwischen mir und Miß Britta Angelus verhindern wollen. Ich sagte es voraus, ich war bereit, für mein Glück zu kämpfen. Ich bin noch immer dazu bereit Upperwood, man hat mich herausgefordert. Ich will siegen!“  
 Er ging plötzlich auf Upperwood zu und faßte ihn um die Schultern. Sein Griff war eisern, tat weh — aber Harry Upperwood rührte sich nicht.  
 „Ich werde sie finden, Harry, ich muß sie finden. Sie bedeutet mein Leben, die Luft, die ich atme.“

„Hohheit, besteht nicht die Möglichkeit, daß Ingenieur Lagerström eine Nachricht geschickt hat, und daß Miß Britta zu ihm gerast ist? Vielleicht in einem plötzlichen Entschluß!“  
 Der Maharadscha schüttelte den Kopf. „Nein, Miß Britta weiß ganz genau, daß es für sie unmöglich ist, ohne eine ausgerüstete Trägerkolonne zu Lagerström zu kommen. Nein, nein, Upperwood, unsere Suche muß sich in eine andere Richtung bewegen, und ich weiß auch in welche.“  
 Ein Diener brachte die Post. Harry Upperwood nahm sie entgegen, um sie zu ordnen. Es waren ganze Stöße von Briefen, noch immer trafen aus allen Teilen des Reiches Beldeschriften zum Tode der Maharani ein. Plötzlich stieß Harry Upperwood einen Ruf des Entsetzens aus.  
 „Hohheit, — ein Brief mit den Initialen B. A., abgestempelt in Kalkutta!“  
 „Geben Sie her!“ Die Stimme des Fürsten klang heiser vor Erregung. Das Kuvert lag zu Boden. Der Brief enthielt nur wenige Zeilen. Fürst Rameni überflog sie. Plötzlich wandte er, griff taumelnd um sich, der Bronzetot seiner Haut war nachvoll geworden.  
 „Hohheit, was ist?“  
 Fürst Rameni antwortete nicht. Er trat ans Fenster und umklammerte mit seinen Händen das Gitter, die Fingerringel traten weiß hervor, seine Schultern bebten.  
 „Hohheit, Sie baten mich eben, Ihr Freund zu sein. Hohheit, ich bin Ihr Freund, kann ich Ihnen helfen?“ Harry Upperwood sprach ganz leise, er rührte sich nicht, er sah, wie ein leidenschaftlicher Sturm in dem Fürsten tobte.  
 „Ich glaube es nicht“, sagte der Maharadscha plötzlich, ohne sich umzuwenden, „ich kann es nicht glauben.“  
 „Ist Miß Britta ein Unglück geschehen? Ist sie tot? Sprechen Sie doch, Hohheit!“  
 Der Maharadscha entnahm einem Geheimfach, das in die Wand eingelassen war, einen Brief. Es war dasselbe Briefpapier, gelblich-weiß mit den Initialen B. A.  
 „Ist das dieselbe Schrift, Upperwood?“ Die

Stimme des Fürsten klang ganz ausdruckslos, als er ihm die beiden Kuverts hinhielt.  
 Harry Upperwood überlegte lange, aber es war kein Zweifel möglich.  
 „Ja, Hohheit, es ist dieselbe Schrift. Man kann sich irren, natürlich, vielleicht müßte man mehr vergleichen als nur die Aufschrift auf den Kuverts.“  
 Der Fürst schüttelte den Kopf. „Nein, Upperwood, es ist die gleiche Schrift. Und doch glaube ich, es nicht.“  
 Ganz plötzlich warf er Harry Upperwood den Brief hin. „Lesen Sie“, sagte er kurz. Seine Lippen waren weiß, seine Augen flackerten, ein fanatisches Feuer glühte in ihnen.  
 Ohne ein Wort zu sagen, faltete Harry Upperwood das Blatt auseinander.  
 „Geliebter,  
 wenn Du diesen Brief bekommst, dann bin ich weit fort und kehre nicht zu Dir zurück. Es wird Dir sonderbar erscheinen und Dir weh tun, denn ich weiß, daß Du mich geliebt hast, so wie ich glaube, Dich zu lieben. Ich weiß jetzt, es stehen unviel Gegensätze zwischen uns. Du bist der Orient, ich bin der Okzident. In unserem Leben wird dies immer das Entscheidende sein. Als ich von Stockholm nach Indien kam, glaube ich, daß dieser Unterschied nichts bedeutete. Aber ich irrte mich, ich kann hier nicht leben, und deshalb kehre ich nach Stockholm zurück.  
 Lebe wohl! — Forchte nicht nach mir, wenn Du diesen Brief bekommst, bin ich schon weit, ich schreibe Dir nicht die Route, auf der ich Dein Land verlasse, ich will nicht, daß Du mich in meinem Entschluß zu hindern suchst. Agnetta wird mit Taate Petra zusammen zurückkehren, in Stockholm werden wir uns wiedersehen, und dann wird Indien hinter uns liegen wie ein schöner, aber fremder Traum. Ich danke Dir für Deine Liebe und die Schönheit, die Du mir schenktest, aber Du mußt mich vergessen. Wir beide können nie einander angehören.“  
 Britta.  
 (Fortsetzung folgt.)